

Satzung
über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
(Verwaltungsgebührensatzung)
des Zweckverband Wismar (ZvWis)
vom 1. Dezember 2004

Aufgrund

- der §§ 151 und 154 i.V.m. § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) Bekanntmachung der Neufassung vom 08.06.2004 (GVOBl. M-V S. 205 ff, GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2020-2) und
- der §§ 1, 2, 4 sowie 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 01.06.1993 (GVOBl. M-V S. 522, ber. S. 916), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 438)

wird nach Beschluss der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wismar vom 1. Dezember 2004 folgende Verwaltungsgebührensatzung erlassen:

§ 1
Allgemeines

Für Leistungen im eigenen Wirkungskreis des Zweckverband Wismar werden zur Deckung des Aufwandes nach Maßgabe dieser Satzung Verwaltungsgebühren und Auslagen (Kosten) erhoben.

§ 2
Verwaltungsgebühren

(1) Verwaltungsgebühren werden erhoben, wenn die Leistung der Verwaltung von dem Beteiligten beantragt oder sonst veranlasst worden ist. Leistungen sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.

(2) Werden mehrere gebührenpflichtige Leistungen nebeneinander vorgenommen, ist für jede der Leistungen eine Gebühr zu erheben.

(3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Leistung

a) ganz oder teilweise abgelehnt,

b) zurückgenommen, bevor die Leistung beendet ist,

so ist je nach Arbeitsaufwand 10 bis 75 % der Gebühr zu erheben, die bei vollständiger Vornahme der Leistung zu erheben wäre.

(4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt, so ist keine Gebühr zu erheben.

§ 3

Gebührensatz

Die Höhe der Gebühren bemisst sich wie folgt:

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Gebühr |
|----------|--|--------------------------------|
| 1. | Versenden der Verbandssatzung, der Wasserversorgungs- und Schmutzwassersatzung, der Beitrags- und Gebührensatzung, der Verwaltungsgebührensatzung und der Stundungssatzung | 5,40 € |
| 2. | Fotokopien (Fertigstellung durch Mitarbeiter des ZvWis) je Seite A4 | 1,20 € |
| 3. | Anfertigen von Zweitschriften; Rechnungsabschriften | 7,30 € |
| 4. | Stichtagsabrechnung auf Kundenwunsch mit Angabe eines Zählerstandes | 9,20 € |
| 5. | Mahngebühren | 2,90 € |
| 6. | Bestandsabforderungen; je angefangene Stunde | 36,80 € |
| 7. | Erteilung einer Schachtgenehmigung; | 43,80 € |
| 8. | Erteilung einer fachlichen Stellungnahme; je angefangene Stunde | 47,30 € |
| 9. | Erteilung einer Anschlussgestattung einschl. Erlass eines Beitragsbescheides <ul style="list-style-type: none"> - gemeinsam für die Wasserversorgung und Schmutzwasserbeseitigung - einzeln für die Wasserversorgung - einzeln für die Schmutzwasserbeseitigung | 123,90 € 76,50 € 76,50 € |
| 10. | Kostenerstattung <ul style="list-style-type: none"> - für die Wasserversorgung - für die Schmutzwasserbeseitigung | 41,10 € 41,10 € |
| 11. | Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang Schmutzwasser einschl. Anschlussgestattung für den Betrieb einer Kleinkläranlage | 47,30 € |
| 12. | Inbetriebsetzung der Anlage des Anschlussberechtigten gem. § 13 der Wassersatzung | 27,20 € |
| 13. | Herstellung eines Bauwasseranschlusses | 32,60 € |

| Lfd. Nr. | Bezeichnung | Gebühr |
|----------|--|-------------------------------|
| 14 | Einbau eines Gartenwasserzählers <ul style="list-style-type: none"> - mit Halterung - ohne Halterung | 71,70 € 35,80 € |
| 15. | Zählerwechsel wegen Beschädigung (Frost) <ul style="list-style-type: none"> - Nennleistung bis Qn 2,5 - Nennleistung Qn 6,0 | 51,90 € 68,80 € |
| 16. | Befreiung vom Anschluss- u. Benutzungs- zwang (Wasser) | 18,40 € |
| 17. | Stilllegung eines Hausanschlusses (zeitweilig und befristet auf Kundenwunsch) | 32,60 € |
| 18. | Aufhebung einer zeitweiligen Stilllegung | 32,70 € |
| 19. | Stilllegung eines Hausanschlusses (endgültig) je angefangene halbe Stunde; Auslagen für die zusätzlich erforderlichen Bauleistungen und Fahrkosten werden gesondert berechnet | 16,30 € |
| 20. | Vollziehung des Anschluss- und Benutzungszwanges (Wasser) je angefangene halbe Stunde | 27,50 € |
| 21. | Androhung der Sperrung eines Hausanschlusses Sperrung eines Hausanschlusses Öffnung eines gesperrten Hausanschlusses | 20,20 € 21,80 € 21,80 € |
| 22. | Abnahme der Grundstücksabwasseranlage | 26,10 € |
| 23. | Vollziehung des Anschluss- u. Benutzungszwanges (Schmutzwasser) je angefangene halbe Stunde | 27,50 € |
| 24. | Bearbeitung von Absetzungsanträgen und Berücksichtigung abzusetzender Abwassermengen bei der Gebührenerhebung | 9,20 € |
| 25. | Ingenieurleistungen auf dem Gebiet der Investitionsvorbereitung und Investitionsdurchführung je angefangene halbe Stunde | 28,50 € |
| 26. | Widerspruchsbearbeitung je angefangene halbe Stunde | 23,60 € |
| 27. | Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist. Je angefangene halbe Stunde. | 23,60 € |

§ 4

Rechtsbehelfsgebühren

(1) Wird ein Widerspruch wegen der Ablehnung oder der Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung erhoben, sind für den Erlass eines Widerspruchsbescheides von dem Widerspruchsführer Verwaltungsgebühren zu erheben, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen wird.

(2) Eine Verwaltungsgebühr ist bis zur Höhe der Gebühr zu erheben, die für die angefochtene Amtshandlung zu zahlen ist. Wird ein Widerspruch

zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, der Widerspruchsbescheid aber noch nicht erlassen ist, so ist ein Viertel der nach Satz 1 festzusetzenden Gebühr zu erheben oder es kann von ihrer Erhebung abgesehen werden, wenn dies der Billigkeit entspricht.

(3) Wird der angefochtene Verwaltungsakt aufgrund des eingelegten Rechtsbehelfes ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die bereits gezahlten Verwaltungsgebühren und Auslagen zu erstatten.

§ 5 Gebührenbefreiungen

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für:

- a) mündliche Auskünfte
- b) schriftliche Auskünfte, die nach Art und Umfang sowie unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes oder sonstigen Nutzens für den Anfragenden eine Gegenleistung nicht erfordern
- c) sonstige gesetzlich vorgeschriebene Verwaltungsleistungen
- d) Leistungen bei Dienstaufsichtsbeschwerden.

(2) Von der Entrichtung von Verwaltungsgebühren sind befreit:

- a) das Land Mecklenburg- Vorpommern, die Gemeinden, Landkreise, Ämter und Zweckverbände, sofern die Leistung der Verwaltung nicht ihre wirtschaftlichen Unternehmen betrifft oder es sich nicht um eine beantragte sonstige Tätigkeit im Sinne des § 4 Abs. 1 KAG auf dem Gebiet der Bauleitplanung, des Kultur-, Tief- und Hochbaus handelt,
- b) die Bundesrepublik Deutschland und die anderen Länder, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet ist,
- c) die Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, soweit die Leistung der Verwaltung unmittelbar der Durchführung kirchlicher Zwecke im Sinne des § 54 der Abgabenordnung dient.

(3) Weitere Gebührenbefreiungen können im Einzelfall gewährt werden, wenn dadurch dem ZvWis kein Nachteil entsteht.

§ 6 Auslagen

(1) Entstehen im Zusammenhang mit der Leistung bare Auslagen, die nicht mit der Verwaltungsgebühr abgegolten sind, so hat der Gebührenpflichtige diese zu erstatten. Gleiches gilt auch, wenn eine Verwaltungsgebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat der Zahlungspflichtige auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind.

(2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:

- a) Im Einzelfall besonders hohe Kosten für die Inanspruchnahme von Kommunikationstechnik
- b) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
- c) Zeugen- und Sachverständigenkosten
- d) Kosten für Zählerüberprüfungen
- e) die bei Dienstgeschäften den beteiligten Mitarbeitern zustehenden Reisekosten
- f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Sachen
- g) Zustellungs- und Nachnahmekosten

§ 7

Gebührensschuldner

(1) Zur Zahlung von Verwaltungsgebühren und zur Erstattung der Auslagen ist derjenige verpflichtet, der die Leistung der Verwaltung beantragt oder sonst im eigenen Interesse veranlasst hat sowie derjenige, der durch sie unmittelbar begünstigt wird. Auslagen können auch demjenigen auferlegt werden, der sie durch unbegründete Einwendungen verursacht hat.

(2) Gebührenpflichtiger nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

(3) Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 8

Entstehung der Gebührenschuld

(1) Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang beim Zweckverband Wismar; im übrigen mit Beendigung der gebührenpflichtigen Tätigkeit.

(2) Eine Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

(3) Die Verwaltungsgebühren und Auslagen werden vom Zweckverband Wismar durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Sie werden 14 Tage nach Bekanntgabe dieses Gebührenbescheides fällig.

(4) In Ausnahmefällen können Leistungen von der vorherigen Zahlung der Kosten oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Die Höhe der Vorausleistung wird durch die Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten begrenzt. Darüber hinaus gehende Beträge sind zu erstatten.

§ 9
Gebührengläubiger

Gebührengläubiger ist der Zweckverband Wismar.

§ 10
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Verwaltungsgebührensatzung in ihrer 1. Änderungsfassung vom 7.02.2002 außer Kraft.

Lübow, 1.12.2004


Bürger
Verbandsvorsteher



Gem. der §§ 151 Abs. 2 und 154 i.V.m. § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung Mecklenburg- Vorpommern (KV M-V) sind Verstöße gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in der KV M-V enthalten oder aufgrund der KV M-V erlassen worden sind, innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung geltend zu machen.

Der Verstoß ist innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber dem Zweckverband Wismar geltend zu machen. Abweichend hiervon können Verletzungen der Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften auch nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung geltend gemacht werden.